

Wolfgang Huber

Hunger nach gerechtem Leben

Predigt beim Landesmissionsfest der Evangelischen Landeskirche
in Württemberg

am 29. Juni 2014 in Blaufelden

Für die Predigt an diesem Landesmissionsfest hören wir auf den biblischen Abschnitt, der nach der Ordnung unserer Kirche in allen Gottesdiensten landauf und landab den Predigten zu Grunde liegt. Wie überall so hören wir an diesem Sonntag auch hier in Blaufelden auf Sätze des Paulus in seinem ersten Brief an die Korinther im 9. Kapitel:

Dass ich das Evangelium predige, dessen darf ich mich nicht rühmen; denn ich muss es tun. Und wehe mir, wenn ich das Evangelium nicht predigte! Täte ich's aus eigenem Willen, so erhielte ich Lohn. Tue ich's aber nicht aus eigenem Willen, so ist mir doch das Amt anvertraut. Was ist denn nun mein Lohn? Dass ich das Evangelium predige ohne Entgelt und von meinem Recht am Evangelium nicht Gebrauch mache. Denn obwohl ich frei bin von jedermann, habe ich doch mich selbst jedermann zum Knecht gemacht, damit ich möglichst viele gewinne. ... Den Schwachen bin ich ein Schwacher geworden, damit ich die Schwachen gewinne. Ich bin allen alles geworden, damit ich auf alle Weise einige rette. Alles aber tue ich um des Evangeliums willen, um an ihm teilzuhaben.

I.

Wer sich heute schnell orientieren will, schaut ins Internet. Wenn er danach fragt, was er am heutigen Sonntag, dem 29. Juni 2014 bedenken soll, dann weist das Internet ihn als erstes auf die verkaufsoffenen Sonntage hin. Das Alphabet ist schuld daran, dass das gleich mit den verkaufsoffenen Sonntage in Baden-Württemberg beginnt. Bayern und Berlin kommen erst danach. Erläuternd wird gesagt, es gebe doch für die Gestaltung des Sonntags nichts Schöneres als ein ausgedehntes Sonntagsfrühstück und anschließend Shoppen gehen. Bei dieser Beschreibung des echten Sonntagsgefühls ist keine Rede von denjenigen, die arbeiten müssen, damit andere dieses angeblich allerschönste Sonntagsgefühl entwickeln können. Spüren die Verkäuferinnen und Verkäufer, wenn sie so eingesetzt werden, einen Hunger nach Gerechtigkeit – oder wird dieser Hunger durch die zusätzliche Sonntagsprämie übertönt?

Der Apostel Paulus hat auch sonntags gearbeitet. Er hat den Menschen das Evangelium verkündet und dafür Reisen auf sich genommen, die weit strapaziöser waren als meine bequeme Reise von Berlin nach Blaufelden – wo ich sehr gern zu Gast bin, und das nicht zum ersten Mal. Das mag ich sogar manchen voraushaben, die erst durch dieses Landesmissionsfest Blaufelden entdeckt haben. Und Sie merken: Es lohnt sich: Landesmissionsfest in Blaufelden ist eine gute Alternative zum Shopping. Ich bin, wie manche von Ihnen wissen, württembergischer Pfarrer und habe die prägenden Erfahrungen in Reutlingen-Betzingen bis ins Berliner Bischofsamt und die Aufgaben als Ratsvorsitzender der EKD nie

vergessen. Deshalb herzlichen Dank für die Einladung nach Blaufelden.

Der Apostel Paulus hat nicht nur am Sonntag um des Evangeliums willen gearbeitet. Dass er Urlaub gemacht hätte, ist nicht bekannt. Nur wenn er um seiner Verkündigung willen im Gefängnis saß, wurde seine Missionstätigkeit unterbrochen. Und das Erstaunlichste: Er ließ sich für diese Tätigkeit nicht bezahlen, er nahm sein *Recht am Evangelium* nicht in Anspruch. Hier oder da bekam er Kost und Logis, doch was er darüber hinaus zum Lebensunterhalt brauchte, verdiente er sich in seinem erlernten Handwerk. Er war Zeltmacher von Beruf. Er verzichtete auf etwas, was ihm rechtmäßig zustand, um seine Unabhängigkeit zu wahren. Er wollte dem Evangelium aus Freiheit dienen; er folgte einem inneren Zwang, nicht einer äußeren Notwendigkeit; er machte sich aus freien Stücken zu einem Diener aller, um keinen auszuschließen.

Das ist ein merkwürdiger, ungewohnter Zugang zur Gerechtigkeit. Der Verzicht auf etwas, das mir zusteht – das versteht heutzutage kaum einer unter Gerechtigkeit. Und doch ist es eine alte christliche Lebensregel: Um meiner selbst willen kämpfe ich nicht um das Recht; kämpferisch werde ich, wenn es um das Recht anderer geht: *Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind*. Auch Paulus fand es noch wichtiger, für die Schwachen selbst ein Schwacher zu werden als für die Starken ein Starker. Denn er selbst wollte sich nicht auf die eigene Stärke, sondern nur auf Gottes Gnade verlassen.

Aber so radikal sind wir nicht. So weit, um der Gnade Gottes willen auf angemessene Entlohnung zu verzichten, wollen wir es mit

der Gerechtigkeit nicht treiben. Wir finden uns auch damit ab, dass die Entlohnung in unterschiedlichen Stufen erfolgt. Wenn besondere Tüchtigkeit und starke Leistung besonders honoriert werden, finden wir uns damit ab. Das kann bis zu den erstaunlichen Summen gehen, die junge Erwachsene bekommen, die herausragend gut Fußball spielen. Doch wenn Vergütungen dorthin reichen, wohin nicht einmal die Bäume wachsen können, dann regt sich Widerspruch. Etwas unterhalb des Himmels sollen sogar Investment-Banker bleiben. Denn auch die höchsten Gehaltszahlungen, die es in einer Gesellschaft gibt, müssen vor der Lage der Schwächsten gerechtfertigt werden. Sie müssen nachvollziehen können, dass anständige Gehälter aus wirtschaftlicher Tätigkeit den Wohlstand aller fördern. Aber unanständige tun es eben nicht. Sie untergraben die Glaubwürdigkeit unserer Wirtschaftsordnung und zehren das Vertrauen auf, ohne das die Wirtschaft auf Dauer nicht funktioniert.

II.

Das Beispiel des Paulus hat uns schnell in die eigene Gegenwart geführt. Wenn einer darauf verzichtet, für seine Arbeit bezahlt zu werden, dann merken wir auf. Paulus hat das freilich nicht getan, um ein Beispiel für wirtschaftliche Gerechtigkeit zu setzen. Sein Hunger richtete sich nicht zuerst auf Wohlstand für alle oder auf gerechten Lohn. Er hatte Hunger nach Gott; ihm ging es zuallererst um die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt. Er wollte dem Auftrag Gottes folgen, dass *alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.*

Sage niemand, das sei ein weltfremder Zugang zur Gerechtigkeit! Nirgendwo ist die Gleichheit aller Menschen tiefer und fester verankert als im Bekenntnis zu dem einen Gott, der für alle Menschen Vater und Mutter ist. Zu dieser Gleichheit vor Gott bekennen wir uns, wenn wir sagen, dass jeder Mensch zum Ebenbild Gottes geschaffen ist. An diese Gleichheit halten wir uns, wenn wir uns dazu bekennen, dass Jesus Christus nicht nur für uns, sondern für viele, ja für alle gestorben ist.

Inklusion ist derzeit ein Zauberwort. Zu deutsch: Alle sollen dazu gehören. Der Hunger nach gerechtem Leben zeigt sich in der Sehnsucht nach Inklusion. Von ihr sind wir noch immer weit entfernt. Deshalb wird diese Forderung auf viele Bereiche erstreckt, auf die Bildung, auf die Wirtschaft, auf das Verhältnis von Frauen und Männern, auf den Gegensatz zwischen Arm und Reich.

Menschen mit Beeinträchtigungen sollen, wo immer das geht, mit anderen zusammen lernen; sie sollen nicht ausgegrenzt werden. Von einer Wirtschaft, die Menschen ausschließt und wie Abfall behandelt, sagt Papst Franziskus: Eine solche Wirtschaft tötet. Auch die Wirtschaft muss erkennen lassen, dass sie um der Menschen willen da ist und nicht umgekehrt. Wir treten dafür ein, dass Frauen und Männer in unserer Gesellschaft gleichberechtigt sind. Das muss sich auch in der Besetzung von Führungspositionen auswirken – und zwar überall, auch in der Kirche. Wir finden uns mit der weltweiten Spaltung, dem immer tiefer werdenden Gegensatz zwischen Reichen und Armen nicht ab, weil wir in den einen wie in den anderen von Gott geliebte Menschen sehen. Wir empfinden den millionenfachen Hunger auf dieser Erde als einen Skandal, weil alle

Menschen am Segen von Gottes guter Schöpfung Anteil haben sollen.

Weil uns die Gerechtigkeit vor Gott wichtig ist, kann uns die Gerechtigkeit auf der Erde nicht gleichgültig sein. Das kleine Einmaleins dieser Gerechtigkeit heißt: Jeder Mensch zählt.

In unüberbietbarer Deutlichkeit hat der große Theologe, Widerstandskämpfer und Märtyrer Dietrich Bonhoeffer vor siebzig Jahren, mitten in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, daraus Konsequenzen gezogen. Seine Überzeugung hieß so: Wer gegenüber der Lage der Ärmsten gleichgültig ist, lästert Gott. *Der Hungernde braucht Brot, der Obdachlose Wohnung, der Entrechtete Recht, der Vereinsamte Gemeinschaft, der Zuchtlose Ordnung, der Sklave Freiheit. Es wäre eine Lästerung Gottes und des Nächsten, den Hungernden hungrig zu lassen. Um der Liebe Christi willen, die dem Hungernden gehört wie mir, brechen wir das Brot mit ihm, teilen wir die Wohnung. Wenn der Hungernde nicht zum Glauben kommt, so fällt die Schuld auf die, die ihm das Brot verweigerten. Dem Hungernden Brot zu verschaffen, ist Wegbereitung für das Kommen der Gnade.*

III.

Unsere Kirchen haben oft gegen das Evangelium der gleichen Gerechtigkeit für alle verstoßen. Dieses Versäumnis, ja diese Schuld müssen wir auch in diesen Tagen und Wochen bekennen, in denen wir den machtpolitischen Eigensinn und die Kurzsichtigkeit beklagen, mit denen die europäischen Mächte vor einhundert Jahren in den Ersten Weltkrieg taumelten, unser eigenes Land vorneweg. In erschreckender Weise wurde dieser Irrweg durch

Denkweisen gefördert, die von der Überlegenheit der eigenen Nation über die anderen geprägt waren. Man meinte, für den Sieg der eigenen Waffen sogar Gottes Hilfe und seinen Segen in Anspruch nehmen zu können: *Gott mit uns*. So hieß die Parole auf den Koppelschlössern. Der eine Gott und Vater Jesu Christi wurde zum Nationalgott: Der deutsche Gott stand gegen den Gott der anderen.

Eine solche Art, Religion und Politik miteinander zu vermengen, sollte es nie wieder geben.

Aber Gott sei's geklagt, sie gehört noch keineswegs der Vergangenheit an. Vergleichbares geschieht nicht nur dort, wo noch immer im Namen Gottes eine Überlegenheit über andere beansprucht wird. Es geschieht ebenso dort, wo Menschen um ihres Glaubens willen gedemütigt und verfolgt, gefoltert und getötet werden. Die sudanesishe Christin und Mutter Mariam Jahia Ibrahim Ischag ist dafür in den letzten Wochen zum Symbol geworden. Mit der Todesstrafe war sie bedroht, als sie ihr Kind zur Welt brachte. Dass sie Christin ist und nicht Muslimin, gilt im Sudan als todeswürdiges Verbrechen; dass sie mit einem Christen verheiratet ist und das Paar ein Kind bekommt, erst recht. In den letzten Tagen wurde sie erst freigelassen, dann wieder inhaftiert, dann erneut freigelassen. Doch ihr Leben ist nach wie vor bedroht; denn aus dem Sudan darf sie nicht ausreisen.

Ich bin dankbar dafür, dass dieses Landesmissionsfest sich um das Schicksal von Menschen kümmert, die um ihres Glaubens willen bedroht sind. Ich danke Volker Kauder dafür, dass er dieses Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt hat und es hartnäckig weiter verfolgt. Alle Christen können ihm in seiner klaren

Aussage beipflichten: Die Garantie, seinen Glauben ungestört leben zu können, ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit. ... Nur dort, wo jeder Einzelne seinen Glauben frei leben kann, ist auch die Gesellschaft frei.

Wo diese Freiheit gewaltsam geknebelt wird, muss die Herrschaft des Rechts über die Gewalt gewahrt und wiederhergestellt werden. In der evangelischen Kirche haben wir deshalb – in der Zeit, in der ich selbst Ratsvorsitzender der EKD war – klargestellt, dass die Bewahrung und Wiederherstellung des Rechts zu den zentralen Aufgaben gehört, denen wir uns um des Friedens und der Gerechtigkeit willen zuwenden müssen. Im Dienst dieser Aufgabe haben gewaltfreie Initiativen den Vorrang vor den Mitteln der Gewalt. Christen treten für den Dialog ein – selbst dort, wo ein Erfolg als unwahrscheinlich gilt. Sie hoffen darauf, dass Menschen durch andere Menschen erreicht werden können, und mögen sie noch so verhärtet sein. Das gilt auch im Blick auf das Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland, für den Bürgerkrieg in Syrien oder den Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden des Sudan. Bei allem Vorrang für Verhandlungen, diplomatischen Druck oder wirtschaftliche Sanktionen lässt sich jedoch nicht vollständig ausschließen, dass im äußersten Notfall auch die rechtlich gebändigte und politisch verantwortete Gewalt in den Dienst des Rechts treten muss – wie gesagt: im äußersten Notfall und in klarer Weise so, dass die Gewalt dem Recht dient und nicht etwa das Recht außer Kraft setzt. Jeder politisch Verantwortliche muss sich mit einer solchen Möglichkeit auseinandersetzen. Über die Maßstäbe, an denen man zu einem solchen Mittel greift, gibt es Streit; die Kontroverse muss ausgetragen werden. Aber wer sich mit

dieser Möglichkeit beschäftigt, darf nicht als „widerlicher Kriegshetzer“ verunglimpft werden. Das gilt auch, ja erst recht, wenn der Bundespräsident das Opfer einer solchen Beschimpfung ist. Die Verantwortung für den Frieden ist zu ernst, als dass man sich solche Entgleisungen leisten könnte. Wer ernsthaft über den Weg zu mehr Gerechtigkeit und Frieden streiten will, muss sich vor jeder Herabwürdigung des Andersdenkenden hüten. Glaubwürdiges Reden über Frieden und Gerechtigkeit fängt damit an, dass man die Würde des anderen achtet, die Würde des Bundespräsidenten eingeschlossen.

Menschen bei ihrer Suche nach Freiheit, bei ihrem Leben aus Glauben, bei ihrer Flucht vor Verfolgung beizustehen, ist Christenpflicht. Sich für diese Verpflichtung einzusetzen, ist alles andere als bequem. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen kann uns diese Aufgabe vor harte Belastungsproben stellen. Dann wird es darauf ankommen, dass wir unsere Stärken zu Gunsten der Schwächsten einsetzen. Auch dabei gilt die Herrschaft des Rechts. Wer Flüchtlingen wirksam helfen will, muss den Missbrauch notfalls unterbinden. Denn solcher Missbrauch kann gerade auf Kosten derer gehen, die am dringendsten auf Hilfe angewiesen sind.

IV.

Unsere Stärken für die Schwächsten einzusetzen, ist eine Gestalt, in der sich unsere Sendung in die Welt vollzieht, also eine Gestalt christlicher Mission. In unserer Schwäche auf die Stärke anderer zu hoffen, ist es auch. Wenn wir diesen Weg gehen, können wir auf Gottes Beistand vertrauen, von dem der Apostel Paulus bekennt:

Lass dir an meiner Gnade genügen; denn meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.

Auf diese Kraft haben Menschen vertrauen Menschen immer wieder, wenn sie ihre Freiheit erkämpfen und für Gerechtigkeit eintreten. An ihrem Vorbild können wir uns orientieren. Ihr Beispiel kann uns die Richtung zeigen – über die Irrwege, in die sich Christen und Kirchen immer wieder verstrickt haben, hinaus. Dietrich Bonhoeffer ist ein solches Beispiel. Nelson Mandela, der im vergangenen Jahr verstorbene südafrikanische Präsident, ist ein anderes.

Als er sich im Jahr 1998 in Harare, der Hauptstadt Zimbabwes, an die Vertreter der Weltchristenheit wandte, die zur Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen zusammengekommen waren, knüpfte er an die Kritik der christlichen Mission an, die gerade auf dem afrikanischen Kontinent immer wieder laut wird. Die Mission habe sich mit dem Kolonialismus verbündet, der christliche Glaube sei damit in den Dienst des Imperialismus getreten. So heißt die verbreitete Kritik. Dass sie einfach aus der Luft gegriffen ist, wird niemand sagen können. Auch Nelson Mandela hat das nicht getan. Aber er hat die Einseitigkeit dieser Kritik an seinem eigenen Beispiel verdeutlicht. Denn er war ein Kind der christlichen Mission. In einer Missionsschule wurde er ausgebildet. Dort, bei den Missionaren, so berichtete er uns, habe er die Freiheit zu verstehen gelernt. Dort habe er das Bewusstsein dafür entwickelt, dass Freiheit nur dort herrscht, wo die gleiche Freiheit aller anerkannt wird. So sei die Missionsschule für ihn eine Schule der Freiheit geworden. Dort habe er seine Lebensaufgabe erkannt, für die Freiheit in Gerechtigkeit einzutreten, ja sogar sein

Leben zu riskieren. „Der lange Weg zur Freiheit“ wurde sein Lebensthema und der Titel seiner Selbstbiographie.

Ihm sind viele gefolgt und haben alle Kraft dafür eingesetzt, ein neues Südafrika zu schaffen, in dem die Menschen in der Vielfalt ihrer Herkunft, ihrer sozialen Stellung und ihrer Religion den gleichen Zugang zur Freiheit haben und in sozialer Gerechtigkeit zusammen leben können. Manche haben sich dabei aufgerieben wie mein Freund, der Theologe Russell Botman, der in den letzten Jahren die Universität Stellenbosch geleitet hat. Ihn hat der Hunger nach einem Leben in Gerechtigkeit aufgerieben; gestern ist er plötzlich und unerwartet gestorben. An vielen Stellen hat er sich für die Kirchen, die Theologie und die Gesellschaft seines Landes eingesetzt. Sein Leben ist mir ein Beispiel dafür, was dieser Hunger nach Gerechtigkeit einem Menschen abverlangen kann. Ich habe das mit Bewunderung gesehen; aber ich habe auch gespürt, dass diesem mutigen Menschen und Bruder Übermenschliches abverlangt wurde. Ich traure um ihn.

Es gibt viele, die ihr Leben für eine bessere Gerechtigkeit in die Waagschale werfen. Aber es liegt nicht nur an unserem Tun – in diesem Fall bis zum letzten Atemzug. Wir strecken uns nicht nur nach dem aus, was kommt. Wir schauen auch auf das, was uns anvertraut ist. Christus hat für uns den Weg zur Freiheit eröffnet, zur Freiheit von der Schuld, in der wir in uns befangen sind und uns nur um uns selber drehen, zur Freiheit von dem Tod, dessen Herrschaft uns dazu verführt, uns selbst vor Gott Anerkennung zu verschaffen, statt sie uns von ihm schenken zu lassen – von ihm, der der Herr über Leben und Tod ist.

Weil wir diese Freiheit empfangen, können wir für die Freiheit anderer arbeiten. Weil Gott uns seine Gerechtigkeit schenkt, können wir die Gerechtigkeit für die Schwächsten zu unserer Sache machen. Das alles wollen wir tun, damit nicht die Ungerechtigkeit den Menschen den Zugang zum Evangelium versperrt. Denn das wäre eine Lästerung Gottes. Gott will nämlich, dass die Nachricht von seiner Gnade zu allen Menschen kommen kann. Er will, *dass alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen*. So weit reicht seine Gerechtigkeit. Diese Gerechtigkeit feiern wir, diese Gerechtigkeit wollen wir weitergeben. Deshalb haben wir offene Augen und ein offenes Herz für den *Hunger nach gerechtem Leben*. Amen.